

# Zweifel am Gemeinderat

„Lehnen Sie ein Neubaugebiet am Leisgesgarten ab?“ Diese Frage wird am 17. September bei einem Bürgerbegehren in Großbundenbach gestellt. Heute schon ist klar, wie tief der Graben zwischen den Personen hinter dem Bürgerbegehren und der Politik ist.

VON THOMAS FÜSSLER

**GROSSBUNDENBACH.** Wenig Neues brachte ein Infoabend zum Thema Bürgerbegehren. Dessen führender Kopf Steffen Schmidt lieferte sich zu Beginn ein Wortgefecht mit Verbandsbürgermeister Björn Bernhard, der den Abend moderierte. Es ging um ein Versäumnis der Verbandsgemeinde: Die hatte zwar zur Einwohnerversammlung eingeladen, aber bei deren Ankündigung im Amtsblatt die vorgeschriebene einwöchige Einladungsfrist nicht eingehalten. „Aus diesem Grund haben wir mit der Gemeinde abgesprochen, dass es heute keine Einwohnerversammlung gibt, sondern eine Informationsveranstaltung“, erklärte Björn Bernhard.

Ohnehin sei die Zusammenkunft in der Ortsgemeinderatssitzung vom 8. August als „Bürgerversammlung als Informationsveranstaltung“ angekündigt worden. Sie sollte demnach im Zeitraum vom 5. bis zum 7. September abgehalten werden. In Anwesenheit von Vertretern der Westfälischen Ver- und Entsorgungs GmbH (WVE) Kaiserslautern als Erschlie-

ßungsfirma. Beide genannten Vorgaben wurden eingehalten. Womit die Veranstaltung frühzeitig bekanntgegeben sei und als Informationsveranstaltung abgehalten werden könne.

Schmidt zählte im Saal 17 Anwesende. Diese geringe Resonanz führte er auf die nicht eingehaltene Einladungsfrist zurück. Die Einladung im Amtsblatt entspreche nicht den Vorgaben einer Bürgerversammlung. Und eine Bürgerversammlung müsse vom Bürgermeister oder einem seiner Vertreter geleitet werden. Bernhard widersprach: Das gelte nicht für eine Informationsveranstaltung.

## Streit ums Schmutzwasser

Jasmin Ohnesorg von WVE hielt einen Vortrag auf Grundlage einer ersten Skizze über das mögliche Baugebiet im Leisgesgarten. Diese Skizze sei keine Machbarkeitsstudie; es gehe nur darum, wie das Baugebiet aussehen könne. Unweit des Friedhofs sei ein Gebiet mit bis zu zehn Häusern möglich – bis zu zweistöckigen Ein- und Mehrfamilienhäusern. Nach Rücksprache mit den Verbandsge-

meindwerken sei klar, dass das Schmutzwasser über einen Hebekanal nach oben in den vorhandenen Kanal gepumpt werden müsse.

Steffen Schmidt beklagte, dass in früheren Ratsitzungen keine Rede von einer Hebeanlage gewesen sei. Vom Leisgesgarten sei Abwasser am schwierigsten abzuleiten; es gebe geeignete Flächen. Björn Bernhard und Ratsmitglied Wolfgang Rapp hielten dagegen, dass eine Hebeanlage zur Abwasserentsorgung in Baugebiet nichts Ungewöhnliches sei.

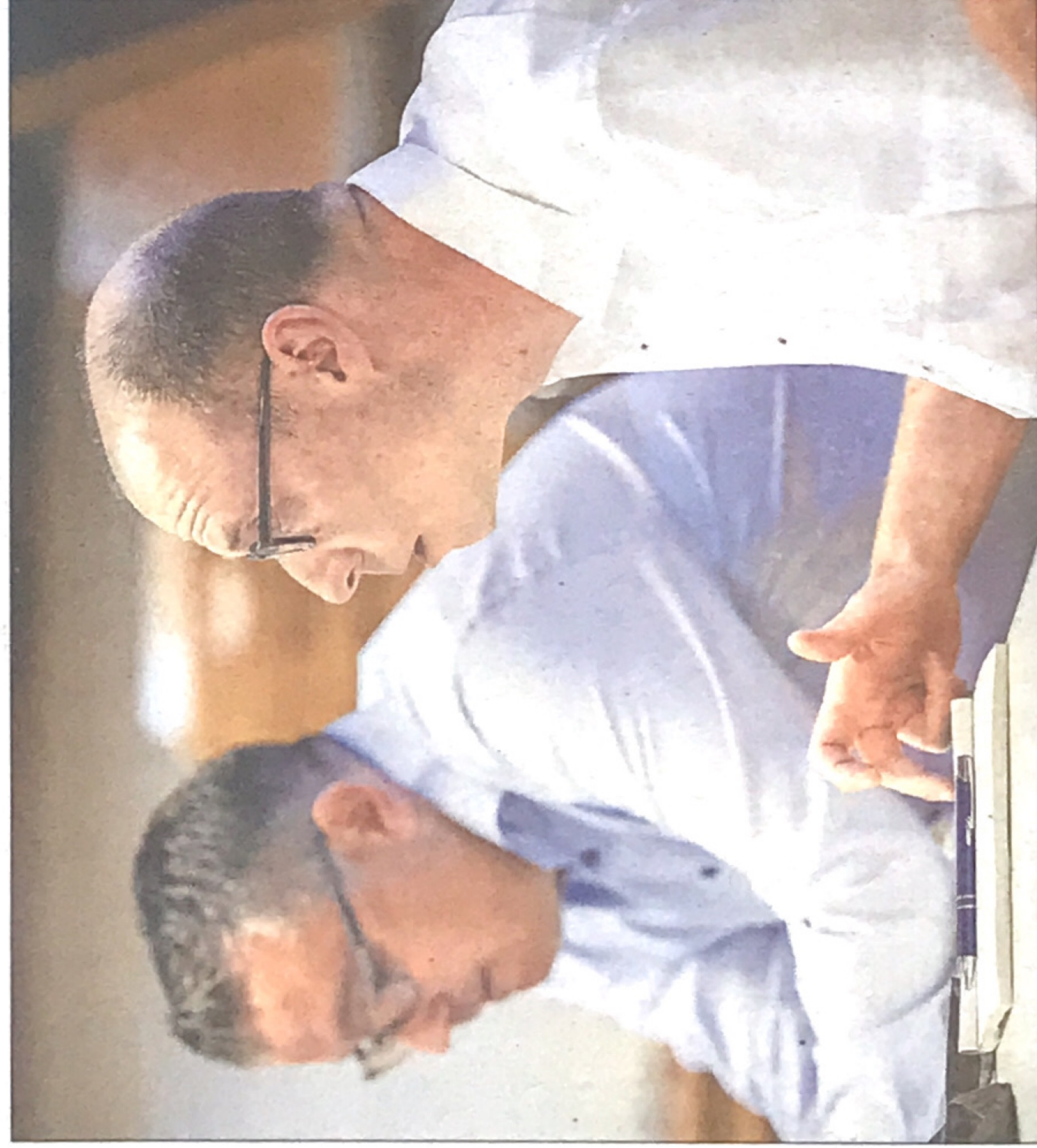
Doch derartige Detailfragen seien ohnehin noch nicht besprochen, betonte Jasmin Ohnesorg von der WVE immer wieder. „Das hier ist ein Entwurf, den man noch abstimmen muss.“ Daher konnte Ohnesorg auch Carsten Prangers Frage nach Altlasten im Erdreich nicht beantworten. „Es ist so, dass Altlastflächen im Bebauungsplan geprüft werden. In dem Stadium sind wir aber noch nicht.“ Das Baugebiet sei aber nach ihrer Einschätzung relativ einfach zu realisieren.

Steffen Schmidt meint, dass auch „Leichenwasser“, das vom Friedhof abfließe, ein Probleme für den Leis-

gesgarten sein könnte. Außerdem sei ein Baugebiet wegen der früheren Tankstelle dort problematisch. Dabei hatte der Rat schon im August beschlossen, dass sich das frühere Tankstellengelände maximal für Parkplätze oder Gewerbe eigne.

## Rat respektiert Abstimmung

Bernhard erinnerte daran, dass noch gar nicht klar sei, ob das Neubaugebiet im Leisgesgarten wirklich kommt: „Selbst wenn die Bürger dafür stimmen. Dann müssen noch viele Dinge abgeklärt werden.“ Carsten Pranger fragte nach, ob sich der Gemeinderat denn an das Abstimmungsergebnis gebunden fühle, wenn das Votum gegen den Leisgesgarten ausfällt. „Selbstverständlich hält sich der Gemeinderat an die Entscheidung der Bürgerschaft“, antwortete Bürgermeister Dieter Glahn. „Das ist rechtlich überhaupt keine Frage. Ein wirksamer Bürgerentscheid ist bindend. Da ist es keine Frage, ob der Gemeinderat sich daran halten will oder nicht“, betonte das Ratsmitglied Henning Hasse.



Verbandsbürgermeister Björn Bernhard (links) und Steffen Schmidt, der Initiator des Bürgerbegehrens. FOTO: THOF